VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

Forderungen des VKU Nord	Inhalte des Koalitionsvertrages	Bewertung	Hinweise des VKU
Kernimpulse der Kommunalwirtschaft			
Der VKU fordert den **Ausbau der erneuerbaren Energien** deutlich voranzutreiben.	Bereits jetzt sind wir bundesweit Vorreiter in der Produktion und Nutzung von erneuerbarer Energie. Schon heute produzieren wir mehr erneuerbaren Strom, als wir verbrauchen. Diese Wertschöpfung wollen wir halten und noch weiter ausbauen. Dafür streben wir an, die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien an Land bis 2030 auf 40-45 Terawattstunden (TWh) pro Jahr anzuheben. Dieses Ziel werden wir im schleswig-holsteinischen Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG) festhalten und die dafür geeigneten, landespolitisch möglichen Maßnahmen einleiten. (5165 ff.) Schleswig-Holstein soll das erste klimaneutrale Industrieland werden und dieses Ziel bis 2040 erreichen. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dieses Ziel werden wir im EWKG festhalten und eine Verschärfung der Klimaziele auf Bundesebene unterstützen. (5178 ff.)	gelb	Gelingen kann dies nur, wenn auch die bundespolitischen Rahmenbedingungen stimmen: -Klarer Ausbaupfad -Abbau bürokratischer Hemmnisse -Standardisierung Artenschutzbelange -Anschubförderung durch das Land -Umsetzung kommunaler Klimaschutzpläne
Der VKU fordert den **Aufbau einer grünen und dezentralen Wasserstoffwirtschaft** zu fördern.	Wir werden unsere Wasserstoffstrategie fortschreiben und ein Förderprogramm mit zusätzlichen Finanzmitteln für private und kommunale Unternehmen ausstatten, sofern sie nicht durch Bundesförderungen ausreichend gefördert werden. (5587 f.) Energieversorger, kommunale Unternehmen und Zweckverbände sind zentrale Akteure beim Aufbau einer	grün	Klares Bekenntnis zu Wasserstoff als Energieträger und kommunalen Unternehmen als zentrale Akteure. Die Ausgestaltung der Förderprogramme wird begleitet werden.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

	dezentralen Wasserstoffinfrastruktur, um die Nutzung von Wasserstoff in allen Sektoren technologieoffen zuzulassen. (5589 ff.)		
Der VKU fordert in Schleswig-Holstein die **kommunale Wärmewende aktiv miteinander zu gestalten.**	Dabei geht es um Energieeinsparung und die Nutzung erneuerbarer Energien gleichermaßen. Verlässliche und planungssichere Investitionsentscheidungen können darauf aufbauend durch die Kombination von kommunaler Wärme- und Kälteplanung mit einer individuellen Gebäude-Energieberatung hergestellt werden. Bei der kommenden Novellierung des EWKG wollen wir den darin vorgeschriebenen verpflichtenden Anteil der Erneuerbaren Energien von 15% beim Heizungstausch erhöhen, ohne dabei die Förderfähigkeit aus Mitteln des Bundes oder anderer Ebenen zu gefährden. (5430 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Folgerichtige politische Weichenstellung für den Wärmesektor.
Der VKU fordert einen verbesserten **Schutz der Ressource Wasser** zu gewährleisten und die **interkommunale Zusammenarbeit** durch eine Startprämie gezielt zu unterstützen.	Die konsequente Umsetzung der EU-Nitrat- und Wasserrahmenrichtlinien ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir werden die fachliche Weiterentwicklung des Düngerechts in Deutschland vorantreiben und die Umsetzung in Schleswig-Holstein wirksam kontrollieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in den Roten Gebieten perspektivisch für besonders gewässerschonend wirtschaftende Betriebe eine Differenzierung der düngerechtlichen Auflagen möglich ist. (4479 ff.)	gelb	Damit muss SH im Bundesrat der AVV Gebietsausweisung zustimmen. Aber die geplanten Maßnahmen sind nicht ausreichend um langfristig die Ressource Trinkwasser zu schützen.
	Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit stärken. Es sollen funktionale und finanzielle Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden entwickelt werden. (2793 f.)	grün	Damit generelle Unterstützung des VKU-Vorschlags einer „Startprämie“ zum Ausbau

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

			interkommunaler Zusammenarbeit.
Der VKU fordert die **Abfall- und Kreislaufwirtschaft** nachhaltig zu stärken.	Kreislaufwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. So werden nicht nur Abfälle vermieden, sondern insbesondere auch CO2-Emissionen vermindert. Dabei geht es nicht nur um Endverbrauchende, sondern auch um gewerbliche Kreisläufe, zum Beispiel in der Bauwirtschaft und der Industrie. Schleswig-Holstein soll mit seiner starken Abfallwirtschaft zum Vorreiter auf diesem Gebiet werden. Dafür planen wir die Erarbeitung eines Aktionsplans Kreislaufwirtschaft und unterstützen die Entwicklung einer Zero-Waste-Strategie. (5047 ff.)	grün	Die Zielrichtung ist richtig. Weitere Begleitung des Themas durch den VKU Nord in der kommenden Legislatur.
	Wir wissen, dass auch auf dem Weg bis zum Erreichen der Kreislaufwirtschaft Deponieraum benötigt wird. Deshalb werden wir einen Abfallwirtschaftsplan für Siedlungsabfälle vorlegen sowie ein Deponiekonzept für Schleswig-Holstein entwickeln. Wir werden uns im norddeutschen Verbund an einem objektiven Suchverfahren für die Nachfolgelösung zur Sondermülldeponie Ihlenberg beteiligen, um für unsere Wirtschaft dauerhaft Entsorgungssicherheit zu gewährleisten. (5113 ff.)	grün	Die Forderung des VKU Nord wird grundsätzlich umgesetzt. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn das Vorhaben nicht durch Planungs- und Genehmigungsverfahren in die Länge gezogen wird.
Der VKU fordert einen **100%igen Flächenausbau von Glasfaser und 5G** zu forcieren.	Mit unserer Breitbandstrategie sind wir deutschlandweit Spitzenreiter im Ausbau. Wir werden diesen beschleunigen und schnellstmöglich fertigstellen. Unser Ziel bleibt es, bis spätestens 2025 in allen Regionen des Landes für Glasfaseranschlüsse gesorgt zu haben. (7041 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

Der VKU fordert **alternative Antriebe und E-Mobilität** stärker zu fördern.	Die Umrüstung von Bussen mit Diesel- auf Elektroantrieb begrüßen wir und werden entsprechende technische Entwicklungen bei uns im Land auch weiterhin unterstützen, ebenso wie Innovationsprojekte zum Einsatz von Wasserstoff als Antriebstechnik oder Oberleitungsbusse. (6851 ff.)	gelb	Die Ausrichtung ist richtig aber eine ambitioniertere Zielsetzung ist erforderlich.
Der VKU fordert eine **flächendeckende Ladeinfrastruktur für den ländlichen Raum** in Schleswig-Holstein aufzubauen.	Den Ausbau der Ladeinfrastruktur werden wir weiter forcieren, denn sie ist eine wichtige Klimaschutzinfrastruktur. (6947 f.)	grün	Notwendigerweise muss der Ausbau auch im ländlichen Raum erfolgen. Dafür setzt sich der VKU Nord in der kommenden Legislatur im Sinne der Kommunalwirtschaft ein.
Der VKU fordert für Verteilnetzbetreiber **angemessene wirtschaftliche und regulatorische Rahmenbedingungen** für die Erneuerung und den Ausbau der Netzinfrastruktur zu schaffen.	Wir werden auch in Schleswig-Holstein den Netzausbau beschleunigen und vorausschauend besser mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien koordinieren. (5229 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.
Der VKU fordert die **Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge zu stärken** und den **steuerlichen Querverbund für kommunale Unternehmen** zu erhalten.		grün	Keine Aussagen im Koalitionsvertrag zur Änderung des steuerlichen Querverbundes. Der VKU Nord bewertet dies als positiv, da der Querverbund damit erhalten bleibt.
Allgemein			
Die **Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge** zu stärken. Insbesondere interkommunale Kooperationen müssen unterstützt werden, um die	Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit stärken. Es sollen funktionale und finanzielle Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden entwickelt werden.	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

Daseinsvorsorge nachhaltig, resilient und den regionalen Gegebenheiten entsprechend zu gestalten.	Diesen Ansatz werden wir auch in die Evaluierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) einbeziehen. (2793 ff.)		
Wir fordern **den Aufbau eines Landeskompetenzzentrums** für Katastrophenschutz sowie klare Ansprechpartner:innen und Kommunikationsketten für den Krisenfall. Wir unterstützen den 10-Punkte-Plan zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes in Schleswig-Holstein ausdrücklich.	Mit den Unteren Katastrophenschutzbehörden der Kreise und kreisfreien Städte streben wir einen Pakt für den Bevölkerungsschutz an, in dem sich Land und Kommunen zu ihrer Verantwortung für den Bevölkerungsschutz bekennen und gemeinsam ihren jeweiligen Beitrag vereinbaren. (3674 ff.) Mit der 2021 beschlossenen Strategie und dem 10-Punkte-Plan für Schleswig-Holstein wurde ein tiefgreifender Wandel im Bevölkerungsschutz angestoßen, den wir konsequent und zügig realisieren werden. Dazu werden wir die bereits geplanten Beschaffungen von Geräten und Fahrzeugen vorziehen, den Aufbau einer Einheitlichen Leitstellensoftware vorantreiben sowie die Konzeption zivile Verteidigung (KzV) und die Zivile Alarmplanung (ZAP) umsetzen. Darüber hinaus streben wir eine Kooperation mit dem Technischen Hilfswerk (THW) Landesverband Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern zum Aufbau eines gemeinsamen Logistikzentrums in Schleswig-Holstein an. Hierfür werden wir die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stellen. (3679 ff.)	gelb	Der 10-Punkte-Plan zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes wird realisiert. Dennoch fehlt die Errichtung eines Landeskompetenzzentrums für Katastrophenschutz. Der VKU Nord wird sich im Weiteren für die Benennung von Ansprechpartner:innen und klare Kommunikationsketten im Krisenfall einsetzen.
Energiewirtschaft			
Den **Ausbau der erneuerbaren Energien** deutlich voranzutreiben.	Dafür streben wir an, die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien an Land bis 2030 auf 40-45 Terawattstunden (TWh) pro Jahr anzuheben. (5167 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Gelingen kann dies nur, wenn auch die

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

	In einem Klimaschutzprogramm 2030 wird die Landesregierung auf den Maßnahmenfahrplänen aufbauend darlegen, mit welchen Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene die Treibhausgas (THG)-Minderungs- und EE-Ausbauziele 2030 in Schleswig-Holstein erreicht werden können. (5197 ff.) Die Koalition wird die anstehenden Herausforderungen der Integration von Solar- und Windenergie in die Verteilnetze aktiv angehen. Ziel ist ein systemorientierter integrativer Ausbau der leitungsgebundenen Energieinfrastrukturen, der eine zuverlässige, verantwortungsvolle, ressourcenschonende und bezahlbare Energiebedarfsdeckung auf Basis Erneuerbarer Energien sicherstellt. (5241 ff.)		bundespolitischen Rahmenbedingungen stimmen: -Klarer Ausbaupfad -Abbau bürokratischer Hemmnisse -Standardisierung Artenschutzbelange -Anschubförderung durch das Land -Umsetzung kommunaler Klimaschutzpläne
Zur **Stärkung des Windkraftausbaus** halten wir es für eine dringliche Landesaufgabe, die **Flächenpotentiale frühzeitig durch eine nachhaltige Landesraumplanung bereitzustellen** und **Genehmigungsverfahren zu beschleunigen**. Dazu gehört vor allem die Standardisierung artenschutzrechtlicher Belange. Planungsträgern und Genehmigungsbehörden müssen klare und bundesweit einheitliche Maßstäbe zur Verfügung gestellt werden. Daher setzen wir uns für die Einführung einer wissenschaftlich fundierten Signifikanzbewertung ein	Wir werden die Bundesregierung in ihrem Vorhaben unterstützen, Planungs- und Genehmigungsprozesse für Infrastrukturprojekte deutlich zu beschleunigen und die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. (3118 ff.) Wir werden in dieser Legislaturperiode über die bestehende Planung hinaus weitere Flächen für die Windkraft zur Verfügung stellen mit dem Ziel, perspektivisch 15 Gigawatt (GW) installierte Leistung zu erreichen. (5314 ff.) Schleswig-Holstein liegt im bundesweiten Vergleich bei den Genehmigungen von Windkraftanlagen schon heute an der Spitze. Wir werden unsere Genehmigungsbehörden weiter stärken, indem wir sie personell gut ausstatten und organisatorisch den neuen Aufgaben anpassen. Wir wollen typenunabhängige Genehmigungen einführen. Darüber	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

	hinaus setzen wir auf konsequente Verfahrensdigitalisierung und die Bündelung von Kompetenzen auf Landesebene. (5366 ff.)		
Hierzu halten wir die Erarbeitung einer landesweiten **Repoweringstrategie** für sinnvoll.	Wir wollen Bestandsanlagen nicht in einen vorschnellen Rückbau zwingen, sondern sie im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten weiter nutzen. Wir werden prüfen, welche landesrechtlichen und bundesrechtlichen Vorgaben angepasst werden müssen, um das Repowering auch auf solchen Flächen zu ermöglichen, die nach Fertigstellung der Regionalplanung Wind aus der Gebietskulisse herausgefallen sind, jedoch in der Bevölkerung vor Ort eine hohe Akzeptanz ausweisen, ohne die Gültigkeit der Pläne im Sinne der größtmöglichen Planungssicherheit für den Ausbau der Windenergie zu gefährden. Soweit rechtlich möglich, wollen wir aufgezeigte Möglichkeiten anschließend nutzen. (5352 ff.)	gelb	Das Repowering soll zwar ermöglicht werden, dennoch sind die Ziele zu wenig ambitioniert, um ein flächendeckendes Repowering zu erreichen.
In Schleswig-Holstein soll die **kommunale Wärmewende** aktiv miteinander gestaltet werden. Wir begrüßen daher die **kommunale Wärme- und Kälteplanung** als zentrales Steuerungsinstrument, um schrittweise eine Umstellung auf eine nachhaltige und sichere Wärmeversorgung gespeist durch **100 % erneuerbare Energien bis 2045** zu forcieren.	Dabei geht es um Energieeinsparung und die Nutzung erneuerbarer Energien gleichermaßen. Verlässliche und planungssichere Investitionsentscheidungen können darauf aufbauend durch die Kombination von kommunaler Wärme- und Kälteplanung mit einer individuellen Gebäude-Energieberatung hergestellt werden. Bei der kommenden Novellierung des EWKG wollen wir den darin vorgeschriebenen verpflichtenden Anteil der Erneuerbaren Energien von 15% beim Heizungstausch erhöhen, ohne dabei die Förderfähigkeit aus Mitteln des Bundes oder anderer Ebenen zu gefährden. (5430 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.
Die Umsetzung der **kommunalen Wärme- und Kältenetzplanung** soll aktiv unterstützt und die weitere Finanzierung in Form von Fördermaßnahmen	Durch die Aufstellung kommunaler Wärme- und Kältepläne sollen mittelfristig passgenaue Konzepte für eine klimaneutrale Wärmeversorgung geschaffen werden. Unser	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

zur Verfügung gestellt werden. Neben der Finanzierung soll ein passgenau es Beratungsangebot geschaffen werden: Eine Beratungsstelle soll als **Kompetenzzentrum** in Form eines eingetragenen Vereins in Schleswig-Holstein etabliert und mit Personal ausgestattet werden. Ziel ist die Beratung von Kommunen und kommunalen Akteuren hinsichtlich der Erstellung und Umsetzung von kommunalen Wärme- und Kälteplänen im Land sowie der Aufbau eines Akteursnetzwerkes. Die Verpflichtungen müssen daher, wie vorgesehen, mit einer **finanziellen Unterstützung für die Aufstellung und Fortführung der Pläne** einhergehen. Zudem sollten bei der Aufstellung der Pläne **alle lokalen Akteure**, insbesondere die kommunalen Unternehmen vor Ort, bereits im Vorfeld **partnerschaftlich einbezogen werden**. Daher regen wir an, sie (kU) z**entral mit dieser Aufgabe zu betrauen**. Wichtig ist, Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen – für Kunden und Versorger, für Abgeber und Abnehmer.	Ziel ist dabei, dass Kommunen voneinander lernen und miteinander arbeiten, um auch gemeinsame Pläne zu realisieren. Wir werden im Rahmen bestehender Strukturen ein Kompetenzzentrum für klimaneutrale Wärmeversorgung ins Leben rufen. (5449 ff.)	gelb	Offen bleibt die Finanzierungsfrage von kommunalen Wärme- und Kältenetzplänen insbesondere bei deren Umsetzung. Kommunale Unternehmen werden nicht als zentrale Akteure benannt. Beide Punkte wird der VKU Nord in der kommenden Legislatur begleiten.
Den Aufbau einer **grünen und dezentralen Wasserstoffwirtschaft** zu fördern.	Schleswig-Holstein hat als Energiewendeland die Möglichkeit, Klimaneutralität von Gebäuden auch durch die Verwendung klimaneutraler Energien zu erreichen. Das wollen wir nutzen. (2744 ff.) Weil wir aber nicht überall auf die entsprechenden Netzkapazitäten warten können, werden wir die	grün grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Entspricht den Forderungen des VKU Nord.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

	Sektorenkopplung und damit Erzeugung und Speicherung von Wasserstoff und seinen Derivaten vorantreiben. (5231 ff.)		
	Es gilt, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gezielt und effizient einzusetzen. Das ist beispielsweise in der Industrie, im Schiffs- und Flugverkehr, beim Schwerlasttransport, beim Busverkehr über längere Strecken und bei der Grundstoff- und Chemieindustrie der Fall. In anderen Bereichen ist die direkte Nutzung von anderen Erneuerbaren Energien effizient und damit vorzugswürdig. (5556 ff.)	gelb	Der VKU Nord spricht sich auch für eine Priorisierung des Einsatzes von Wasserstoff aus. Allerdings gehört der Wärmesektor aus Sicht des VKU Nord zu den priorisierten Einsatzgebieten.
	Energieversorger, kommunale Unternehmen und Zweckverbände sind zentrale Akteure beim Aufbau einer dezentralen Wasserstoffinfrastruktur, um die Nutzung von Wasserstoff in allen Sektoren technologieoffen zuzulassen. (5589 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Der technologieoffene Einsatz in allen Sektoren widerspricht der Priorisierung von Einsatzgebieten (5556 ff.). Der VKU Nord behält die Entwicklungen hierzu weiter im Blick.
	Wir behalten neben der Förderung von E-Ladesäulen auch andere erneuerbare Kraftstoffe und alternative Antriebe im Blick. Hier liegt unser Schwerpunkt auf Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen. (6951 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.
Für die Umsetzung einer schleswig-holsteinischen Wasserstoffwirtschaft, fordern wir die **Fortschreibung der Wasserstoffstrategie** des Landes samt der finanziellen Förderung insbesondere von kommunalen Projekten.	Wir werden unsere Wasserstoffstrategie fortschreiben und ein Förderprogramm mit zusätzlichen Finanzmitteln für private und kommunale Unternehmen ausstatten, sofern sie nicht durch Bundesförderungen ausreichend gefördert werden. (5587 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

Konkret fordern wir die **Schaffung angemessener wirtschaftlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen für Verteilnetzbetreiber**, um eine Erneuerung und den notwendigen Ausbau der Netzinfrastrukturen sicherzustellen.	Wir werden auch in Schleswig-Holstein den Netzausbau beschleunigen und vorausschauend besser mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien koordinieren. (5229 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Die Verbesserung von regulatorischen Rahmenbedingungen insbesondere auf Bundesebene werden durch den VKU monitort.
Als Landesgruppe des VKU regen wir aus Sicht der schleswig-holsteinischen Netzbetreiber in Anlehnung an die Forderung im Koalitionsvertrag eine **grundlegende Reform der Umlagen und der Verteilnetzentgelte** an.	Auf Bundesebene setzen wir uns für faire Netzentgelte ein. Die Kosten des Netzausbaus und der Netzintegration der Erneuerbaren Energien müssen bundesweit fair umgelegt werden. (5219 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord.
Wasserwirtschaft			
Einen **verbesserten Schutz der Ressource Wasser** zu gewährleisten. Dazu muss der Schutz der Wasserressourcen vor Verunreinigungen und Nitrateinträgen einen hohen Stellenwert haben. Hierzu fordern wir, die **Vorranggebiete in den Landesentwicklungsplänen für die öffentliche Wasserversorgung** hinsichtlich Eignung und Ergiebigkeit flächendeckend und regelmäßig zu überprüfen.	Die konsequente Umsetzung der EU-Nitrat- und Wasserrahmenrichtlinien ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir werden die fachliche Weiterentwicklung des Düngerechts in Deutschland vorantreiben und die Umsetzung in Schleswig-Holstein wirksam kontrollieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in den Roten Gebieten perspektivisch für besonders gewässerschonend wirtschaftende Betriebe eine Differenzierung der düngerechtlichen Auflagen möglich ist. (4479 ff.) Auch die Zusammenarbeit von Wasserwirtschaft und Landwirtschaft im Rahmen der „Allianz für den Gewässerschutz“ werden wir fortführen. Gewässerrandstreifen sollen zukünftig weiter einen wichtigen Beitrag für verminderte Einträge von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln in Gewässern leisten. (4630 ff.)	grün	Damit muss SH im Bundesrat der AVV Gebietsausweisung zustimmen. Der VKU sieht eine verstärke Kommunikation mit der Landwirtschaft als notwendig an.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

Gemäß dem Verursacherprinzip auch Hersteller an den Investitions- und Betriebskosten zu beteiligen und die Belastung nicht allein auf die Gebührenzahler:innen abzuwälzen. Dafür sollte sich Schleswig-Holstein im Bund einsetzen.	Wir werden den Generalplan Abwasser und Gewässerschutz umsetzen und uns auf die Herausforderungen im Umgang mit Spurenstoffen, Mikroplastik und verunreinigtem Niederschlagswasser konzentrieren. Hier wollen wir dem Verursacherprinzip folgen. Der Klimawandel fordert uns zudem heraus, mit größeren Niederschlags- und damit Abflussmengen umzugehen. (4736 ff.)	grün	Bezüglich einer Kostenübernahme findet sich im Koalitionsvertrag keine Verpflichtung aber der Bezug auf das Verursacherprinzip kann nur bedeuten, dass Hersteller auch an Kosten beteiligt werden sollen.
Interkommunale Zusammenarbeit durch eine Startprämie gezielt zu fördern, um Infrastrukturen der Daseinsvorsorge zukunftsfest finanzieren zu können.	Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit stärken. Es sollen funktionale und finanzielle Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden entwickelt werden. (2793 ff.)	grün	Generelle Unterstützung des VKU Nord-Vorschlags einer „Startprämie“ zum Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit.
Kreislaufwirtschaft			
Die **Abfall- und Kreislaufwirtschaft nachhaltig zu stärken**. Hier sollten **interkommunale Kooperationen verstärkt werden**, um die langfristige Entsorgungssicherheit der öffentlich-rechtlichen Entsorger zu sichern.	Kreislaufwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. So werden nicht nur Abfälle vermieden, sondern insbesondere auch CO2-Emissionen vermindert. Dabei geht es nicht nur um Endverbrauchende, sondern auch um gewerbliche Kreisläufe, zum Beispiel in der Bauwirtschaft und der Industrie. Schleswig-Holstein soll mit seiner starken Abfallwirtschaft zum Vorreiter auf diesem Gebiet werden. Dafür planen wir die Erarbeitung eines Aktionsplans Kreislaufwirtschaft und unterstützen die Entwicklung einer Zero-Waste-Strategie. (5047 ff.) Wir wissen, dass auch auf dem Weg bis zum Erreichen der Kreislaufwirtschaft Deponieraum benötigt wird. Deshalb werden wir einen Abfallwirtschaftsplan für Siedlungsabfälle	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Da die interkommunale Zusammenarbeit ebenfalls gestärkt werden soll (vgl. 2793ff.), können die Forderungen vollumfänglich als erfüllt angesehen werden.

	vorlegen sowie ein Deponiekonzept für Schleswig-Holstein entwickeln. Wir werden uns im norddeutschen Verbund an einem objektiven Suchverfahren für die Nachfolgelösung zur Sondermülldeponie Ihlenberg beteiligen, um für unsere Wirtschaft dauerhaft Entsorgungssicherheit zu gewährleisten. (5113 ff.)		
Durch **Regelungen der Produktverantwortung** die Langlebigkeit von Produkten zu gewährleisten und das Design nachhaltig auszurichten. Dabei muss auch die angemessene **Beteiligung der Systeme an den steigenden kommunalen Sammelkosten** für Papierverpackungen berücksichtig werden.	Reparieren ist nachhaltiger als recyceln. Wir unterstützen das Right to Repair auf EU-Ebene und werden Repair-Initiativen fördern. (5082 f.)	rot	Die Produktverantwortung ist im Abschnitt Kreislaufwirtschaft nicht genannt. Auch die Beteiligung der Systeme wird nicht erwähnt. Hier sieht der VKU Nord Gesprächsbedarf.
Die **Umstellung der Abfallsammelfahrzeuge auf alle alternativen Antriebe ist zu fördern**. So können erhebliche lokale CO2-Emissionsminderungen erreicht werden.		rot	Keine Berücksichtigung von Abfallsammelfahrzeugen. Alternative Antriebe werden zwar mehrfach im Koalitionsvertrag erwähnt es findet sich jedoch kein Bekenntnis zur Abfallwirtschaft.
Das Planungsrecht anzupassen, sodass erforderliche **Genehmigungen von neuen Deponiekapazitäten in schlanken Prozessen** eingeholt werden können.	Wir wissen, dass auch auf dem Weg bis zum Erreichen der Kreislaufwirtschaft Deponieraum benötigt wird. Deshalb werden wir einen Abfallwirtschaftsplan für Siedlungsabfälle vorlegen sowie ein Deponiekonzept für Schleswig-Holstein entwickeln. Wir werden uns im norddeutschen Verbund an einem objektiven Suchverfahren für die Nachfolgelösung zur Sondermülldeponie Ihlenberg beteiligen, um für unsere Wirtschaft dauerhaft Entsorgungssicherheit zu gewährleisten. (5113 ff.)	gelb	Die Erstellung eines Abfallwirtschaftsplans und eines Deponiekonzeptes wird vom VKU Nord unterstützt. Jedoch müssen diese zeitnah erstellt werden und die anschließenden Prozesse müssen bürokratiearm umsetzbar sein. Im Sinne der Entsorgungssicherheit kann das Land Schleswig-Holstein sich

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

	In der letzten Legislaturperiode wurde eine Experimentierklausel im Landesplanungsrecht verankert. Wir wollen dieses Instrument evaluieren, damit Maßnahmen schneller umgesetzt werden können, die dem Ziel dienen, erstes klimaneutrales Industrieland zu werden oder die im Bereich der Mobilitätswende oder der Transformation der Wirtschaft sowie der damit zusammenhängenden Infrastruktur und Daseinsvorsorge liegen. (6415 ff.)		keine über Jahre ziehenden Genehmigungsverfahren erlauben.
Die höhere Qualität des in der Bioabfallbehandlung entstehenden **Kompostes im aktuellen Düngerecht stärker berücksichtigen.**		rot	Keine Berücksichtigung im Koalitionsvertrag vorhanden.
Digitalisierung und Telekommunikation			
Den **100 %-igen Flächenausbau von Glasfaser und 5G** zu forcieren. Dabei muss auch für rechtliche und regulatorische Chancengleichheit auf dem Markt gesorgt werden. Das **Förderprogramm** und die **Kofinanzierung für den Glasfaserausbau** fortzuführen. **Kooperationen auf Augenhöhe** mit den richtigen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Ein schneller und kosteneffizienter Ausbau von Glasfaser wird insbesondere durch Kooperationen und Netzzugangsvereinbarungen (Open-Access) begünstigt.	Mit unserer Breitbandstrategie sind wir deutschlandweit Spitzenreiter im Ausbau. Wir werden diesen beschleunigen und schnellstmöglich fertigstellen. Unser Ziel bleibt es, bis spätestens 2025 in allen Regionen des Landes für Glasfaseranschlüsse gesorgt zu haben. (7041 ff.) Eine landesweite 100%-Mobilfunkabdeckung sowie der Ausbau des 5G-Netzes und ein hervorragend ausgebautes WLAN-Netz sind für uns ebenfalls wichtige Voraussetzungen, um das Ziel zu erreichen, digitale Vorreiterregion zu werden und das Leben und Arbeiten in einer digitalen Welt zu ermöglichen. Hierzu werden wir die Zusammenarbeit mit den Netzbetreibergesellschaften weiterführen. (7048 ff.)	grün	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Die fehlende Benennung des BKZ.SH wird als Weiterführung des Kompetenzzentrums gewertet. Die Entwicklungen bezüglich Netzzugangsvereinbarungen (Open-Access) werden monitort.

VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE NORD
Schleswig-Holstein/Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern

DER KOALITIONSVERTRAG VON CDU UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AUS SICHT DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN KOMMUNALWIRTSCHAFT

Wir sehen weiterhin den **Bedarf an einem soliden Netzwerk und einem Kompetenzzentrum als Ansprechpartner** für alle Akteure im Land.			
Mobilität			
Der VKU Nord fordert **alternative Antriebe und E-Mobilität stärker zu fördern**. Hier sollten auf Grund der erheblichen Potentiale besonders Umrüstungen im ÖPNV und bei schweren Fahrzeugflotten kommunaler Ver- und Entsorger in den Blick genommen werden.	Die Umrüstung von Bussen mit Diesel- auf Elektroantrieb begrüßen wir und werden entsprechende technische Entwicklungen bei uns im Land auch weiterhin unterstützen, ebenso wie Innovationsprojekte zum Einsatz von Wasserstoff als Antriebstechnik oder Oberleitungsbusse. (6851 ff.)	gelb	Entspricht den Forderungen des VKU Nord. Dennoch fehlt der Einbezug von schweren Fahrzeugflotten kommunaler Ver- und Entsorger.
Eine **flächendeckende Ladeinfrastruktur für den ländlichen Raum** in Schleswig-Holstein aufzubauen. An den dazu bereitgestellten Fördermitteln müssen auch kommunale Unternehmen stärker als bislang partizipieren können.	Wir haben erreicht, dass Schleswig-Holstein inzwischen auf Platz eins der Neuzulassungen von Elektroautos ist. Diese Spitzenposition wollen wir stärken. Den Ausbau der Ladeinfrastruktur werden wir weiter forcieren, denn sie ist eine wichtige Klimaschutzinfrastruktur. Dazu gehören auch Ladelösungen für den Geschosswohnungsbau. Das E-Ladesäulenprogramm der Landesregierung werden wir fortführen. (6946 ff.)	gelb	Entspricht in Teilen der Forderung des VKU Nord. Hier wird der VKU Nord für den Ausbau insbesondere im ländlichen Raum mit kommunalen Unternehmen als zentrale Akteure lobbyieren.